

Streng vertraulich

Bern, den 13. Dezember 1973

Gespräche in Washington am 10. Dezember 1973

Der kurze Besuch in Washington ermöglichte dank der ausgezeichneten Vorbereitung durch Botschafter Schnyder eine Kontaktnahme mit folgenden Persönlichkeiten: dem Unterstaatssekretär Casey und den stellvertretenden Staatssekretären Armstrong und Renner im Staatsdepartement, Unterstaatssekretär Bennett und Herrn Cross im Finanzministerium, Flanigan, Vorsitzender des aussenwirtschaftlichen Beraterstabes des Weissen Hauses, sowie Burns, Präsident des Federal Reserve Board. Anlässlich eines Arbeitsessens auf der Botschaft traf ich zudem mit Brunthaver, Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsdepartement, Stein, Präsident des konjunkturpolitischen Beraterstabes des Weissen Hauses, Fox, stellvertretender Staatssekretär im Handelsministerium, Malmgren, Stellvertreter des amerikanischen Delegierten für Wirtschaftsverhandlungen, und Stabler, Leiter der Europaabteilung im Aussenministerium, zusammen. Ferner bot die Amerikareise Gelegenheit zu einem privaten Besuch bei Henry Owen, Direktor der Brookings Institution, sowie dem Chefredaktor der New York Times. An der Tagung über Entwicklungsfragen in Baltimore nahmen amerikanischerseits der neue Leiter der Entwicklungsverwaltung, Parker, der Leiter des privatwirtschaftlichen Rates für überseeische Entwicklung, Grant, teil sowie der amerikanische Präsident der Weltbank, McNamara. Aus diesen zahlreichen Gesprächen ergibt sich kurz zusammengefasst folgender

Allgemeiner Eindruck

Die Regierungskrise wegen Watergate dauert an. Dem Präsidenten wird eine knapp 50%ige Chance eingeräumt, seine Amtszeit zu Ende zu führen. Da im kommenden Jahr Kongresswahlen stattfinden, wird der Druck der republikanischen Partei auf den Präsidenten zunehmen, zu demissionieren, da er die Wiederwahlchancen der republikanischen Parlamentarier beeinträchtigt.



- 2 -

Trotz dieser unerfreulichen innenpolitischen Situation ist die Regierung durchaus funktionsfähig geblieben. Die beiden Schlüsselfiguren, die politisch in keiner Weise angefochten sind, sind Kissinger und Shultz. Die Uebernahme des Staatsdepartements durch Kissinger wird zu grundlegenden personellen Aenderungen in den oberen Rängen führen. Von diesen Aenderungen werden vor allem unsere bisherigen Gesprächspartner für Aussenwirtschaftsfragen betroffen, nämlich Unterstaatssekretär Casey, der zum Präsidenten der Export-Import-Bank aus dem Staatsdepartement herausbefördert worden ist, sowie der stellvertretende Staatssekretär Armstrong. Es wird jedoch nicht angenommen, dass es Kissinger gelingt, die Aussenwirtschaftsfragen vermehrt von Shultz auf das Staatsdepartement zu übertragen. Vermutlich aus diesem Grund haben bereits vier der von Kissinger angefragten Kandidaten für die Nachfolge Caseys eine Absage erteilt. Kissinger, der sich persönlich wenig für Wirtschaftsfragen interessiert, wird jedoch diejenigen Aspekte behandeln, die sicherheitspolitische Auswirkungen haben. Dementsprechend ist der für Sicherheitsfragen zuständige stellvertretende Staatssekretär Donaldson im Staatsdepartement nun auch mit der Behandlung der Erdölfrage beauftragt worden.

Im Vordergrund des Interesses steht logischerweise die Oelkrise. Die Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft werden als tiefgreifend, jedoch keineswegs als katastrophal beurteilt. Unter der Hypothese der integralen Aufrechterhaltung des Erdöl-embargos während des ganzen kommenden Jahres wird mit einer Verringerung der Zuwachsrates des BSP um 2 %, also einer Reduktion von 4 auf 1 - 2 % gerechnet. Während des ersten Quartals 1974 könne sich sogar ein negatives Wachstum ergeben, das jedoch in den folgenden Monaten wieder ausgeglichen würde. Die Arbeitslosenziffer werde um 6 Zehntel Prozent zunehmen. Sie liegt heute bei 4,7 %, war für das kommende Jahr vor Ausbruch der Oelkrise auf 5,4 % veranschlagt und wird nun vermutlich auf 6 % ansteigen. Gleichzeitig wird wegen der erhöhten Oelpreise der Inflationsdruck verstärkt, so dass erneut mit einer "Stagflation" zu rechnen sei.

- 3 -

Diese rezessive Entwicklung wird den protektionistischen Tendenzen erneut Auftrieb verleihen. Dies ist der Grund, weshalb die amerikanische Regierung nun doch noch dieses Jahr im Repräsentantenhaus die "Trade Bill" zur Behandlung freigegeben hat. (Sie ist am 11. Dezember mit den beiden von der Verwaltung bekämpften Zusatzbestimmungen über die Verweigerung der Meistbegünstigung und der Exportkredite an kommunistische Länder mit Emigrationsbeschränkungen für Juden angenommen worden.)

In den Welthandelsbeziehungen ist ein Wendepunkt eingetreten; nicht mehr die Liberalisierung der Einfuhr, sondern die Sicherung der Versorgung steht im Vordergrund. Die Amerikaner scheinen bereit, zu einem Ausbau der internationalen Handelsregeln unter diesem Gesichtspunkt Hand zu bieten und der Versorgung ihrer Handelspartner eine gewisse Priorität einzuräumen.

Trotz der veränderten Lage wird auf die Aufnahme und erfolgreiche Durchführung der GATT-Verhandlungen vornehmlich aus politischen Gründen weiterhin Wert gelegt (Vermeidung unnötiger Friktionen). Die Währungsreform wird in einer längerfristigen Perspektive gesehen als bisher; weniger dringend und nur schrittweise zu verwirklichen. Die Auswirkungen der Umschichtung der Weltwährungsreserven zugunsten der ölproduzierenden Länder werden vorderhand nicht als schwerwiegender neuer Störfaktor des internationalen Währungssystems angesehen in der Annahme, dass diese Beträge in Form von Investitionen und Käufen in die westliche Welt und vor allem die USA zurückfliessen werden.

Das Verhältnis Schweiz-USA bleibt vertrauensvoll und unbelastet; die Ursprungsregeln des Freihandelsabkommens mit der EWG haben jedoch erneut Anlass zu Diskussionen gegeben.

Die Botschaft wird über die einzelnen Gespräche ausführliche Notizen verfassen. Nachfolgend seien zu den verschiedenen Gesprächsthemen nur einige der wesentlichsten Punkte festgehalten, die schon weitgehend durch die laufende Berichterstattung unserer Botschaft erhärtet sind.

Aussenhandelsgesetzgebung und GATT-Verhandlungen

Die rasche Verabschiedung der Aussenhandelsvorlage durch das Repräsentantenhaus ist von unseren Gesprächspartnern vorausgesetzt worden; ebenso die Annahme der von der Verwaltung bekämpften Zusatzanträge über die Verweigerung der Meistbegünstigung und der Exportkredite an kommunistische Staaten, die die Auswanderung von Isrealiten behindern. Die Tatsache, dass die Abstimmung über die "closedrule" positiv verlaufen ist, wonach mit Ausnahme des Teils IV keine Abänderungsanträge gestellt werden könnten, wird von der Verwaltung als Bestätigung dafür gewertet, dass die protektionistischen Kräfte die Oberhand noch nicht zurückgewonnen haben. Parlament und Oeffentlichkeit hätten sich mit der Tatsache einer neuen Handelsgesetzgebung abgefunden, die die Fortsetzung einer auf Liberalisierung ausgerichteten Handelspolitik ermöglichen werde.

Entscheidend ist nun die Frage, welches Schicksal diese Gesetzgebung im Senat erfahren wird, weil dort die "closed rule" nicht gilt. Theoretisch wäre es denkbar, dass im Falle einer Rezession als Folge der Oelkrise die Aussenhandelsvorlage in wesentlichen Teilen Aenderungen erfahren könnte. Die Verwaltung glaubt jedoch nicht, dass ein ausreichendes politisches Interesse an einer Verlängerung der Debatte besteht. Immerhin wird über drei wesentliche Punkte eine Auseinandersetzung erwartet und von der Verwaltung aktiv vorbereitet:

- Die vom Mills-Komitee dem ursprünglichen Gesetzesentwurf beigefügte Präzisierung, wonach ein sektorielles Gleichgewicht des Zoll- und NTB-Abbaus angestrebt werden soll, wird von der Verwaltung bekämpft, um grössere Bewegungsfreiheit in den GATT-Verhandlungen zu erhalten. Diese Bestimmung sei auf Betreiben der Industrie beigefügt worden, die fürchte, dass die amerikanischen Unterhändler zur Erzielung landwirtschaftlicher Zugeständnisse einseitige Konzessionen auf dem Industriesektor anbieten könnten.

- Senator Mundale hat einen Zusatzantrag gestellt, der eine Ergänzung der internationalen Handelsregeln durch Bestimmungen über die Handhabung von Ausfuhrkontrollen und -beschränkungen in Mangellagen bezweckt. Die amerikanische Verwaltung ist der Auffassung, die ich persönlich unterstützt habe, dass hier tatsächlich eine wichtige Lücke zu füllen ist. Die vorgesehene Teilrevision des GATT-Vertrages könnte hiefür Anlass bieten. Der Antrag Mundales würde der Regierung jedoch keinerlei Verhandlungsfreiheit lassen, sondern den spezifischen Wortlaut derartiger Bestimmungen in allen Einzelheiten vorschreiben. Die Verwaltung wird sich für allgemeinere Richtlinien einsetzen. Ich habe meinerseits angeregt, dass über diese neue handelspolitische Kernfrage möglichst bald ein Gedankenaustausch zwischen uns und den Amerikanern und eventuell auch anderen interessierten Welthandelsnationen stattfinden sollte, beispielsweise anlässlich einer GATT-Sitzung in Genf oder einer OECD-Tagung in Paris. Ich habe zudem die Einladung an Malmgren für einen Besuch nach Bern wiederholt.
- Die Verwaltung wird alles daran setzen, um die Zusatzbestimmungen des Repräsentantenhauses betreffend die Verbindung der Meistbegünstigung und Exportkredite an Oststaaten mit Fragen der Emigrationspolitik im Senat zu eliminieren. Die grosse Unbekannte ist, was geschehen wird, wenn dies nicht gelingt oder wenn im Differenzenbereinigungsverfahren die Version des Repräsentantenhauses obsiegen würde.

Präsident Nixon hat gegen den Rat der Handelspolitiker für diesen Fall sein Veto angekündigt. Dies hat die protektionistischen Kräfte, die das Handelsgesetz zu Fall bringen möchten (vor allem die Gewerkschaftsvertreter) auf die Seite des Verfechters dieser Zusatzanträge, Congressman Henry Jackson, gebracht. Es wird angenommen, dass Kissinger und Jackson eine Kompromissformel ausarbeiten werden, die der Verwaltung die nötige Ermessensfreiheit lässt, diejenigen Zugeständnisse zu machen, die zur Erhaltung des Einvernehmens mit der Sowjetunion unerlässlich erscheinen. (Wirt-

- 6 -

schaftlich sind für die Sowjetunion die Exportkredite wichtiger als die Meistbegünstigung.) Sollte dieser Versuch fehlschlagen, bleibt die Frage offen, ob Nixon tatsächlich sein Veto einlegen oder die Russen auf andere Weise zu beschwichtigen suchen wird. Im Staatsdepartement hofft man, dass ein allfälliges Veto durch den Kongress überstimmt und das Handelsgesetz trotzdem in Rechtskraft erwachsen wird. Falls bis im Frühjahr die protektionistischen Tendenzen zunehmen, wird sich diese Hoffnung kaum erfüllen, und damit wäre der neuen GATT-Verhandlungsrunde der Todesstoss versetzt.

Schlussendlich wird somit entscheidend sein, welchen politischen Erwägungen die amerikanische Regierung die Priorität einräumen wird: der Aufrechterhaltung möglichst einvernehmlicher Beziehungen mit der Sowjetunion oder der Ausräumung wirtschaftspolitischer Friktionen im Verhältnis zu Europa und zu Japan. Dieser Entscheid wird vermutlich durch den dannzumaligen Stand der Mittelostkrise beeinflusst werden. Die Europäer würden sicher gut daran tun, das Ihre dazu beizutragen, um die Amerikaner von der Nützlichkeit eines engen transatlantischen Verhältnisses zu überzeugen. Die heutige Haltung würde eher das Gegenteil bewirken.

In der Zwischenzeit sollten die Arbeiten des Verhandlungsausschusses des GATT deblockiert werden. Im Staatsdepartement scheint man der Auffassung zuzuneigen, dass der Verfahrensstreit über die Behandlung der Landwirtschaft in der Vorverhandlungsphase ein Verharren auf doktrinären Positionen nicht rechtfertigt. Ich habe meine Gesprächspartner versichert, dass die EFTA-Staaten anlässlich der Ministerkonferenz in Genf diese Auffassung teilen und jeder für die Amerikaner und EWG genehmen Kompromissformel ihre Zustimmung erteilen würden.

Freihandelsabkommen mit der EWG

Sowohl im Staatsdepartement als seitens des STR ist erneut die Streitfrage der Ursprungskriterien aufgeworfen worden. Immerhin anerkennt Washington heute, dass Ursprungsregeln integrierenden Bestandteil einer Freihandelsregelung bilden müssen. Diese seien jedoch zu restriktiv (im Verhältnis zu den früheren EFTA-Regeln) und in ihrer Auswirkung zu wenig quantifizierbar.

Meine Antwort: Wesentlich für die Amerikaner sollte die Tatsache sein, dass es der Schweiz und anderen EFTA-Staaten gelungen ist, ihre Beziehungen zu der EWG in Form einer Freihandelszone und nicht einer Zollunion zu regeln, denn wir konnten dadurch unsere Treaty Making Power wahren, die wir jetzt in den GATT-Verhandlungen zugunsten liberaler Lösungen einsetzen werden. Im Falle einer Zollunion könnten wir keinerlei Gegengewicht zur EWG darstellen.

Die Tatsache, dass nach amerikanischer Auffassung die Auswirkungen der Ursprungsregeln nicht quantifizierbar seien, beweise, dass es sich hier um eine Ermessensfrage handle und wir vorderhand nicht über genügend Anhaltspunkte verfügen. Falls sich bei einzelnen Produkten nachweisbare Schwierigkeiten im Handelsverkehr zwischen der Schweiz und den USA ergeben, sei es besser, diese bilateral zu untersuchen, statt jetzt im GATT verallgemeinernd eine doktrinäre Diskussion vom Zaune zu brechen, die zu einem engen Schulterschluss aller EFTA-Staaten mit der EWG führen müsste.

Wirtschaftlich bestehe durchaus eine Uebereinstimmung der schweizerischen mit den amerikanischen Interessen, denn unsere verarbeitende Industrie lege Wert darauf, sich beim qualitativ besten und kostengünstigsten Lieferanten eindecken zu können. Wir wären daher bereit, bei Anlass der vorgesehenen Gesamtüberprüfung des Ursprungssystems mit der EWG Ende nächsten Jahres diejenigen Erleichterungen zu beantragen, die sich im Lichte der Erfahrungen als erforderlich erweisen könnten.

Wir hatten den Eindruck, dass sich unsere amerikanischen Gesprächspartner für diese Erwägungen zugänglich zeigten.

Währungsreform

Unsere Vermutung hat sich bestätigt, dass die Amerikaner unter den heutigen Verhältnissen die bisherigen Pläne für die Währungsreform als zu kompliziert und zu weitgehend erachten. Auch der Zeitplan des 31. Juli 1974 wird jetzt als völlig unrealistisch abgetan.

Dies will allerdings nicht heissen, dass die Amerikaner ein gemanagtes Floaten als Endlösung ansehen würden. Ob die heutigen Kursrelationen als Gleichgewichtszustand betrachtet werden können, bleibt abzuwarten. Seit der Erstarkung des Dollars entsprechen sie heute weitgehend den vom erweiterten Zehner-Klub im vergangenen Februar/März als richtig bezeichneten Relationen, und es wäre wünschbar, dass sie genügend lange beibehalten werden könnten, um durch den Markt getestet zu werden.

Im Falle einer Rezession würden sich die Voraussetzungen für ein befriedigendes Einpendeln der Kurse durch das Floaten verschlechtern. Die Rückkehr zu stabileren (nicht unbedingt fixen) Kursen stelle daher weiterhin ein Ziel der Währungsreform dar. Diese könne nicht im Zwanziger-Klub, sondern nur im engeren Kreis der Fünf vorbereitet werden. Es gelte, diejenigen Massnahmen, über die eine Einigung erzielt werden kann, schrittweise in Kraft zu setzen. Für die Amerikaner scheinen nach wie vor eine Verstärkung der Konsultationsmechanismen und symetrische Massnahmen zur Herbeiführung des Ausgleichs zwischen Ueberschuss- und Defizitländern im Vordergrund zu stehen.

Die amerikanischen Vorstellungen über ein allfälliges "multi-currency intervention system" weichen von der Konzeption der EWG-Schlange u.a. bezüglich der erforderlichen Bandbreite ab.

OECD-Fragen

Staatsdepartement, Finanzministerium und Flanigan unterstrichen die Bedeutung, die sie den Arbeiten des Exekutivausschusses der OECD in Sondersession über internationale Investitionsfragen und multinationale Gesellschaften beimessen. Die neue

Weltwirtschaftslage hat dieses Interesse noch verstärkt. Es wurde mir kategorisch zugesichert, dass auch nach Weggang Caseys die amerikanische Vertretung auf dem Unterstaatssekretärniveau beibehalten werde und dass sich konkrete Vorschläge für internationale Richtlinien bezüglich der Behandlung von Investitionen in Washington in Vorbereitung befinden, die der OECD vor der nächsten Tagung unterbreitet werden sollen.

Die Amerikaner wären einverstanden, dem Wunsch van Lenneps zu entsprechen und die Agenda für die nächste Sitzung auf zwei Hauptfragen zu beschränken:

- Stand der internationalen Wirtschaftsbeziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der Oelkrise;
- Fortsetzung der Diskussion über internationale Investitionen und multinationale Gesellschaften.

Das Ergebnis der letzten Sitzung über diesen Punkt wird positiv bewertet; dagegen teilen die Amerikaner unsere Bedenken bezüglich des von der UNO-Gruppe anvisierten Zieles. Aus diesem Grunde dürfe die OECD nicht zeitlich in Rückstand geraten.

Die Amerikaner sind ebenfalls befriedigt über die Aufnahme ihres Vorschlages betreffend Durchführung einer Perspektivstudie über die Entwicklung von Angebot und Nachfrage gewisser landwirtschaftlicher Schlüsselprodukte.

Versorgungslage für Reis und Hartweizen

Ich habe sowohl im Staatsdepartement wie gegenüber Flanigan und dem Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium das schweizerische Interesse an der regelmässigen Belieferung mit Reis und Hartweizen betont und die Zusicherung erhalten, dass trotz des Andauerns einer gewissen Mangellage für Reis (immer noch als Folge der Ueberschwemmungsschäden im Mississippi-Gebiet) keine Ausfuhrbeschränkungen vorgesehen sind. Die Amerikaner würden den Abschluss langfristiger Lieferverträge mit den privaten Produzenten und Exportorganisationen begrüßen, da dadurch die Anbauplanung erleichtert wird.

Amerikanische Beurteilung der Erdölkrise und deren Auswirkungen auf die amerikanische und die Weltwirtschaft

Die amerikanische Verwaltung rechnet mit einem Andauern der Erdölkrise in mengen- wie in preislicher Hinsicht. Die vorgesehenen energiewirtschaftlichen Massnahmen gehen von der Arbeitshypothese der Aufrechterhaltung des arabischen Embargos gegenüber den Vereinigten Staaten während des ganzen Jahres 1974 aus. Diese pessimistische Einschätzung der Lage soll offenbar dazu dienen, Parlament und Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Investitionen für die Erschliessung eigener neuer Energiequellen zu überzeugen, durch die bis 1980 die autarke Versorgung erzielt werden könnte. Dieses vorderhand auf 20 Milliarden Dollar veranschlagte Programm soll unter allen Umständen durchgeführt werden, auch wenn morgen das arabische Oel wieder im bisherigen Ausmass und zu den früheren Preisen fliessen würde. Hier liegt die Hauptwaffe der Amerikaner in der Auseinandersetzung mit den arabischen Staaten.

Bei Aufrechterhaltung des Erdölembargos während des kommenden Jahres wird mit einem Erdölausfall von 17 % gerechnet, was einer Reduktion der Energieversorgung von 8 % entspricht. (Erdöl stellt 46 % der amerikanischen Energieversorgung dar.)

Der tägliche Ausfall wird auf 3,5 Millionen Barrels veranschlagt, wovon 1,5 Millionen Barrels Benzin. Die vorgesehenen Bewirtschaftungsmassnahmen bezwecken, den nicht essentiellen privaten Konsum stärker zu drosseln als den industriellen Verbrauch. Die Erhaltung der Arbeitsplätze hat Priorität gegenüber der Aufrechterhaltung des persönlichen Komforts. Die Raffinerien haben die Anweisung erhalten, die Produktion von Benzin und leichtem Heizöl zu drosseln. Dementsprechend soll der Ausfall von Erdölprodukten für die Industrie auf 10 % reduziert werden können.

Natürlich wird aber auch die Beschränkung des privaten Autoverkehrs Auswirkungen auf die wirtschaftliche Tätigkeit haben (Tankstellen, Strassenrestaurants, Tourismus, Automobilindustrie).

Ferner erfordert die Beseitigung des unnötigen Energieverschleisses gewaltige Umstellungen und entsprechend längere Zeit. Die technische Umstellung der Automobilindustrie auf kleinere Modelle und sparsamere Motoren wird z.B. vom früheren Präsidenten der Ford-Werke auf zwei Jahre veranschlagt! Der 400 m hohe Doppelwolkenkratzer des World Trade Center in New York, der die Bevölkerung einer mittleren Stadt aufnimmt (30'000 Personen) ist so konstruiert, dass in einem einzelnen Bureau nachts nur gearbeitet werden kann, wenn die Stromversorgung des Gesamtkomplexes eingeschaltet bleibt. Es handelt sich hier um das Phänomen des "inbuilt waste".

Eine weitere Einschränkung liegt in der Tatsache, dass die Durchschlagskraft des neuen Energiewirtschaftsteams der amerikanischen Verwaltung eher zurückhaltend beurteilt wird. Simon verfüge nicht über die gleiche Unabhängigkeit und das gleiche Prestige wie Kissinger und Shultz.

Das amerikanische Wirtschaftswachstum wird sich als Folge der Energieverknappung deutlich verlangsamen, aber nicht zum Stillstand kommen. Für das kommende Jahr wird mit einer Wachstumsrate des BSP von 1 - 2 % gerechnet. Das Bruttosozialprodukt werde um 2 % = 25 Milliarden Dollar geringer ausfallen, als veranschlagt. Bei den Investitionen wird mit einem Ausfall von 2 Milliarden Dollar gerechnet.

Der amerikanischen Wirtschaft steht eine tiefgreifende Strukturwandlung, jedoch keine Krise bevor. Die Arbeitslosenziffer wird auf 6 % ansteigen. Gleichzeitig wird der Inflationsdruck zunehmen, so dass die Rezession die Anzeichen der Stagflation annehmen dürfte.

Ein schwieriges innenpolitisches Problem stellt das Verhältnis der nationalen zu den multinationalen Oelgesellschaften dar. Die nationalen Gesellschaften erzielen übermässige Gewinne, doch sei zweifelhaft, ob der Kongress ein neues Steuergesetz verabschieden werde.

Sowohl in den USA wie in Japan steuert die Atomenergie erst 1 % des gesamten Energiebedarfs bei. Japan beabsichtigt, diesen Anteil bis 1985 auf 25 % zu erhöhen. Der Bedarf an ange-

reichertem Uran wird daher rasch steigen. Da die Diffusionsanlagen ungeheure Mengen an Energie verschlingen, ist es jedoch fraglich, ob die Produktion von angereichertem Uran auf dem heutigen Niveau gehalten werden kann.

Was die internationalen Auswirkungen der Energiekrise anbetrifft, sind die Amerikaner überzeugt, in einer besseren Lage zu sein als Europa und Japan. Der Gesundungsprozess der amerikanischen Zahlungsbilanz und die Stärkung des Dollars seien daher nicht gefährdet. Das Oel embargo reduziert die Verteuerung der Einfuhr. Die gewaltigen arabischen Devisenüberschüsse dürften zum grossen Teil in die amerikanische Wirtschaft zurückfliessen. Die Konkurrenzstellung der amerikanischen Exporte auf dem Weltmarkt dürfte sich eher verstärken.

Am schwersten betroffen durch die Oelkrise wären die nicht ölproduzierenden Entwicklungsländer, deren Einfuhren sich um 2,5 Milliarden Dollar verteuern werden, während gleichzeitig die Preise der importierten Düngemittel ansteigen. Da die Araber ihre Devisenerträge nicht in Entwicklungsländern, sondern in den Industriestaaten anlegen, wird sich für die Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer kein entsprechender Gegenposten ergeben, es sei denn, die Araber beteiligten sich vermehrt an der finanziellen Entwicklungshilfe.

Schliesslich sei noch erwähnt, dass sich die amerikanische Verwaltung zu einer internationalen Bewirtschaftung knapper Rohstoffe positiv einstellt und offenbar im Rahmen eines Zuteilungsplanes zur Aufrechterhaltung von Lieferungen an das Ausland bereit wäre. Der stellvertretende Unterstaatssekretär Donaldson begibt sich diese Woche zu bilateralen Verhandlungen nach Holland. Auch der saudiarabische Oelminister, Yamani, hat in einer Televisionsansprache in Amerika die moralische Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der Belieferung der Importländer anerkannt. Aus UNO-Kreisen war zu vernehmen, dass die Araber insbesondere unter dem Druck der übrigen Entwicklungsländer nicht in der Lage wären, eine Politik der "absoluten Immoralität" aufrecht zu erhalten.

- 13 -

Saudiarabien argumentiert deshalb, die übrige Welt müsse den nötigen wirtschaftlichen Anreiz schaffen, damit die Oelproduktion gesteigert werden könne. Die heutige Produktion Saudiarabiens beträgt 8 Millionen Barrels pro Tag; eine Steigerung auf 12 Millionen sollte denkbar sein, nicht aber eine solche auf 20 Millionen, die den energiewirtschaftlichen Projektionen zugrunde gelegt worden war.

* *
 *

Abschliessend sei Herrn Botschafter Schnyder und seinem Mitarbeiter, Herrn Geiser, nochmals bestens für die Organisation dieser Besprechungen gedankt. Ohne die ausgezeichneten Verbindungen, die unser Botschafter in Washington besitzt, wäre es nicht möglich gewesen, in so kurzer Zeit direkten Zugang zu den betreffenden Chefbeamten, die alle unter einem starken Arbeitsdruck stehen, zu finden.

* *
 *

Die vollständigen Protokollnotizen von Herrn Geiser über die einzelnen Besprechungen stehen bereits zur Verfügung und werden den interessierten Dienststellen in Bern zur Ergänzung dieser Orientierung zugestellt.

